

# vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

## DRANBLEIBEN!

*Welche Genostikuren  
und Genossen,*

diese Zeilen schreibe ich nicht wissend, was los sein wird in Deutschland und Europa, wenn Ihr diese Ausgabe des Vorwärts in der Hand haltet. Gibt es den Willen in Europa, gemeinsame Lösungen zu finden? Gibt es den Willen bei der CSU, solche Lösungen zu akzeptieren oder setzt man – ausschließlich die Wahlen im Freistaat im Blick – auf einen Weißwurst-Schengen-Brexit?

Für uns gilt jedenfalls der Koalitionsvertrag, wir haben darum gerungen. Es gibt keine Spielräume – und schon gar nicht für 63 Maßnahmen eines Masterplans, den der Bundesinnenminister seit über hundert Tagen nicht müde wird anzukündigen.

### GROKO: SPD-MINISTER MACHEN TOLLEN JOB

Aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwindet, was gearbeitet wird und wurde in diesen ersten drei Monaten der Großen Koalition. Die SPD-Ministerinnen und Minister machen, so finde ich, einen tollen Job. Die Landesregierung streitet derweil munter über die Landesbauordnung, über Dachbegrünung und Fahrradstellplätze, anstatt Pfosten einzuhaufen.

Wie wäre es damit: Wer Flächen des Landes bebaut, muss vierzig Prozent Sozialwohnungen ausweisen? Das wäre Fortschritt! Ebenso, den Kommunen mehr Flächen im Landesbesitz zur Verfügung zu stellen. Wie wäre es, Kita-Gebühren endlich abzuschaffen, anstatt Qualität und Gebührenfreiheit gegeneinander auszuspielen? Das würde besonders Familien mit kleinen und mittleren Einkommen spürbar entlasten. Die Spielräume sind da, aber sie werden von Grün-Schwarz nicht genutzt.



FOTO: SUSIE KNOLL

### KOMMUNALWAHL: VORBEREITUNGEN AUF HOCHTOUREN

Wir werden diese Themen im Kommunalwahlkampf nach vorne stellen. Denn in 333 Tagen sind Kommunalwahlen – und auch die Europawahl. Unsere Vorbereitungen laufen auf Hochtouren. Das erste Material ist auf den Weg gebracht und für euch verfügbar. Es geht los – jetzt!

In diesen Tagen haben wir viele Gründe zu gratulieren: Herzlichen Glückwunsch der neuen Juso-Landeschefin Stephanie Bernickel, nach Ute Vogt die zweite Frau ganz vorne. Martin Horns Wahl zum Oberbürgermeister von Freiburg (Glückwunsch!) war Anlass, den Präsidenten des baden-württembergischen Städtetags neu zu wählen. Peter Kurz, unser Mannheimer OB, folgt hier auf Dieter Salomon. Gratulation! Und dass unser Genosse Rolf Gaßmann beim Mieterbund wieder an die Landesspitze gewählt

wurde, ist ebenfalls sehr erfreulich. Alles Gute!

Wir arbeiten in Land und Bund intensiv an der Neuaufstellung unserer SPD. Die inhaltlichen Debatten in Land und Bund sind angestoßen. Ihr seid aufgerufen, Euch zu beteiligen.

Habt gute Sommertage und eine spannende Fußball-WM. Vor allem wünsche ich uns allen ein gestärktes Europa und eine starke Demokratie!

*Enke  
Ute Vogt*

## Landesparteitag

Samstag, 24. November 2018  
Stadthalle Sindelfingen

10.30 Uhr

**Eröffnung und Begrüßung**  
Frederick Brütting,  
stellv. Landesvorsitzender

**Konstituierung • Grußworte**

**Rechenschaftsbericht  
der Landesvorsitzenden**  
Leni Breymaier MdB

**Bericht des Schatzmeisters**  
Karl-Ulrich Tempel

**Bericht der Kontrollkommission**  
Karin Rehbock-Zureich

verbundene **Diskussion und  
Ausprache • Antragsberatung**

**Wahlen:** ▶ Landesvorsitzende/r ▶  
stellvertretende Landesvorsitzende  
▶ Generalsekretär/in ▶ Schatz-  
meister/in ▶ weitere Mitglieder des  
Landesvorstands ▶ Mitglieder der  
Kontrollkommission ▶ Mitglieder  
der Schiedskommission

**Ehrungen von Mitgliedern**

ca. 17.00 Uhr **Schlusswort**

Antragsschluss: Samstag,  
13. Oktober 2018



FOTO: BENJAMIN STOLLENBERG

### NEUE JUSO-VORSITZENDE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Stephanie Bernickel ist auf der Landesdelegiertenkonferenz in Rastatt mit 61,80 Prozent der Stimmen zur neuen Landesvorsitzenden der Jusos Baden-Württemberg gewählt worden. Damit löst sie nach sechs Jahren Leon Hahn an der Spitze der Jusos ab. Die 29-jährige aus Ehingen arbeitet hauptberuflich als Abteilungsleiterin bei einer Bank.

# ZUKUNFT DER MOBILITÄT

ZWEITE KONFERENZ DER SPD-SÜDSCHIENE IN MÜNCHEN



Peter Meyer, Leni Breymaier, Natascha Kohnen, Thorsten Schäfer-Gümbel

Zur zweiten Fachkonferenz der SPD Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen über die Zukunft der Mobilität waren Experten aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft nach München gekommen. Vor hundert Gästen wurde intensiv über die anstehenden Herausforderungen diskutiert. Das gemeinsame Ziel: Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge verhindern. Statt den betroffenen Menschen müssten die Autohersteller die Kosten für die Nachrüstung der Fahrzeuge übernehmen.

„In Baden-Württemberg drückt sich die Landesregierung ständig um das Thema

Fahrverbote herum. Jetzt, wo dies vollends zum Sprengstoff für Grün-Schwarz wird, braucht es ein Machtwort des Ministerpräsidenten – mit einer verbraucher- und arbeitnehmerfreundlichen Ansage zum Diesel, mit einem Förderprogramm für alternative Antriebe, mit einer Investitionsoffensive für den öffentlichen Nahverkehr“, erklärte die SPD-Landesvorsitzende Leni Breymaier. In diesem Transformationsprozess brauche es eine klare politische Linie – „und nicht dieses ewige Hin und Her“. Der dritte Mobilitätskongress der SPD-Südschiene ist in Hessen geplant. Auftakt der Veranstaltungsreihe war im vergangenen Herbst in Stuttgart.

## NEUER VORSTAND DER SPD-LANDESGRUPPE IM BUNDESTAG

Der Tübinger Bundestagsabgeordnete Martin Rosemann wurde von der Landesgruppe der baden-württembergischen SPD-Abgeordneten zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der 41jährige folgt auf Katja Mast, die als neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende dafür nicht mehr zur Verfügung stand. „In der Bundes-

tagsfraktion und gegenüber der Bundesregierung geht es darum, die SPD-Landesgruppe leidenschaftlich zu vertreten“, betonte Marin Rosemann. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Heike Baehrens aus Göppingen und Martin Gerster aus Biberach gewählt.



Heike Baehrens, Martin Rosemann und Martin Gerster

### IMPRESSUM

Herausgeber: Andreas Reißig • Redaktion: Andreas Reißig • Stefanie Liepins  
Anschriřt: SPD-Landesverband • Baden-Württemberg • Wilhelmsplatz 10 • 70182 Stuttgart  
Fon 0711 619 36-31 • Fax -55 • E-Mail: andreas.reissig@spd.de • Internet: www.spd-bw.de

## HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

nachträglich zum 90. Geburtstag im Juni:

### IM JULI

zum 90. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 91. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 92. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 93. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 94. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 95. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 96. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 97. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 98. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 50. Parteijubiläum: [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

### IM AUGUST

zum 90. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

zum 93. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

zum 94. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 95. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

zum 96. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 97. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 98. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 101. Geburtstag: [REDACTED]

[REDACTED]

zum 50. Parteijubiläum: [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

zum 60. Parteijubiläum: [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

## TERMINE IM JULI

Fr, 29. Juni – So, 1. Juli  
ASF-Bundeskonferenz,  
Saarbrücken

Di, 10. Juli  
AG 60 plus-Landesvorstand,  
Karlsruhe

Di, 10. Juli • 15:00 Uhr  
AG 60 plus-Veranstaltung  
Digitalisierung I, Karlsruhe

Fr, 13. Juli • 15:30 Uhr  
Präsidium, Stuttgart

Fr, 13. Juli • 17:30 Uhr  
ASF-Landesvorstand, Stuttgart

Sa, 14. Juli  
SGK-Landesvorstand

Sa, 14. Juli • 10:30 Uhr  
ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

Sa, 21. Juli • 10:30 Uhr  
Landesvorstand

Mo, 23. Juli • 18:15 Uhr  
AGS-Landesvorstand,  
Stuttgart

## TERMINE IM AUGUST

Do, 30. August • 15:00 Uhr  
AG 60 plus-Sommerempfang, Stuttgart



## BEHERZTE KOMPETENZ

### WORKSHOP-TAG IN WAIBLINGEN

Weit über hundert Genossinnen und Genossen haben am Workshop der Landes-SPD in Waiblingen teilgenommen. In zahlreichen Arbeitsgruppen wurde über die inhaltliche Ausrichtung und Erneuerung der SPD diskutiert, insbesondere im Hinblick auf die Kommunal- und Europawahlen im nächsten Jahr.

Gemeinsam mit Leni Breymaier, Generalsekretärin Luisa Boos und weiteren Expertinnen und Experten beschäftigten sich die Mitglieder unter anderem mit Europa, Wohnungsbau, Integration, Gesundheit, Innere Sicherheit, Prostitution und Umweltpolitik. Ebenso boten die Arbeitsgemeinschaften fachliche Diskussionsforen an – und auch die Gestaltung des Wahlkampfs in sozialen Medien war ein begehrtes Thema.



**K**eine Woche vergeht, in der nicht deutlich wird, dass mit der grün-schwarzen Landesregierung bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Baden-Württemberg Stillstand herrscht. Die Koalitionäre von Grünen und CDU streiten dauerhaft über die Novellierung der Landesbauordnung, negieren die Vorschläge der Wohnraumallianz und sind bislang nicht bereit, neue Flächen als Bauland zu aktivieren. Die SPD schaut diesem Dilemma nicht tatenlos zu. Und deshalb haben die SPD-Landtagsfraktion, die Jusos Baden-Württemberg und die sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) einen umfangreichen Maßnahmenkatalog formuliert, der auf dem kleinen Landesparteitag am 28. April in Bruchsal beschlossen wurde. Ziel ist es, diese Maßnahmen sowohl im Landtag, innerhalb der Bundesregierung und überall dort, wo die SPD in den Kommunen Verantwortung trägt, voranzutreiben.

Wichtige Eckpfeiler des Antrages „Bezahlbarer Wohnraum – unser sozialdemokratischer Auftrag“ sind dabei

- die Aktivierung von zusätzlichen 7.400 Hektar Land als Bauflächen,
- die Erhöhung des Landeswohnraumförderung von 250 auf 500 Millionen Euro pro Jahr,
- die Einrichtung einer Landesentwicklungsgesellschaft (LEG),
- die Entschlackung der Landesbauordnung,
- die Ausweitung der Direktförderung an Kommunen,
- die Weiterentwicklung des Zweckentfremdungsverbot und
- die Einführung einer Bindungsdauer bei Sozialwohnungen mit einer besonders geförderten Zwei-Generationen-Dauer von 60 Jahren.

Der Landespolitik kommt dabei besondere Bedeutung zu, weshalb die SPD-Landtagsfraktion als einzige Fraktion schon kurz nach der Landtagswahl ein umfangreiches Forderungspapier vorgelegt und das Maßnahmenpaket nun im aktuellen Antrag fortgeschrieben hat. Um dem akuten Mangel an bezahlbarem Wohnraum schnellstmöglich begegnen zu können, braucht es in Baden-Württemberg deutlich mehr Bebauungsflächen und eine 100-prozentige Erhöhung der Landeswohnraumförderung auf 500 Millionen Euro pro Jahr. Alleine bis 2025 fehlen in Baden-Württemberg bis zu 500.000 neue Wohnungen. Um diesen Bedarf auffangen zu können, müssen im Land 7.400 Hektar Bauflächen aktiviert werden. Daran soll eine erhöhte Bewohnungsdichte mit einem verstärkten Bauen in die Höhe gekoppelt werden. Klar ist, dass diese Bauflächen auch dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt

DANIEL BORN MDL

## SPD FORDERT DEUTLICH MEHR BEBAUUNGSFLÄCHEN UND VERDOPPELUNG DER WOHNRAUMFÖRDERUNG IM LAND



werden müssen. Die Wohnungsbaupolitik im Land muss das Thema Wohnen endlich wieder als ein menschliches Grundrecht verstehen und nicht als Klientelpolitik für Menschen mit einem gut gefüllten Geldbeutel, wie dies von Grünen und CDU praktiziert wird.

Für einen Schub im Wohnungsbau muss endlich, wie schon lange angekündigt, die Landesbauordnung entschlackt werden. Doch steht sich hier die grün-schwarze Landesregierung selbst im Weg. Es bleibt ein Rätsel, warum die Grünen an überdachten Fahrradabstellplätzen und begrünten Dächern festhalten, aller Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt zum Trotz. Es scheint, Kretschmann und seiner grünen Partei sind die genannten Punkte wichtiger als bezahlbarer Wohnraum für Familien.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass beim Thema bezahlbarer Wohnraum mangel deutliche Fehler bei allen Landesregierungen der vergangenen Jahrzehnte zu verzeichnen sind, auch bei uns Sozialdemokraten. Aus diesen Fehlern haben wir gelernt und müssen nun die richtigen Schlüsse ziehen. Ein Verzicht auf landeseigene Wohnungen zum Beispiel darf es in Zukunft nicht mehr geben. Ein wichtiges Instrument für mehr bezahlbaren Wohnraum soll aus Sicht der Sozialdemokraten die Einrichtung einer gemeinnützigen Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) sein. Diese soll Grundstücke erwerben und zügig entwickeln, dabei auch einen eigenen

Wohnungsbestand aufbauen und erhalten. So kann vergleichsweise schnell neuer bezahlbarer Wohnraum geschaffen und dämpfend auf die angespannte allgemeine Wohnungsmarktsituation eingewirkt werden. Zugleich soll die LEG als Kooperationspartnerin für Kreise, Gemeinden, kleine städtische Wohnungsbau- und Wohnungsbau-Genossenschaften dienen. Gerade für Kommunen, die selbst zu klein oder zu klamm sind, um eigene Wohnungsgesellschaften zu unterhalten, muss das Land aus Sicht der Sozialdemokratie eine aktivere Rolle annehmen. Grün-Schwarz muss anderen Bundesländern folgen und eine solche Landesentwicklungsgesellschaft schnell einrichten.

Eine wichtige Rolle spielt für die SPD auch die Weiterentwicklung des Zweckentfremdungsverbot. Unverhältnismäßiger Wohnungsleerstand, die Umwandlung von Wohnungen in Ferienwohnungen und die Umwandlung von Wohn- in Gewerbeflächen sollen aktiv verhindert werden. Damit verknüpft ist auch eine klare Ansage der Sozialdemokraten in den Kommunalparlamenten und Rathäusern: Überall dort, wo die SPD vor Ort regiert, werden wir der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eine zentrale Priorität einräumen.

Auch an anderer Stelle brauchen die Kommunen die Unterstützung des Landes. Positiv ist, dass die Landesregierung das Landeswohnraumförderprogramm auch auf ländliche Regionen ausgedehnt hat. Aber die aktuelle Förderung des Landes reicht bei weitem nicht aus, um den sozialen Wohnungsbau ernsthaft anzuschieben. Es muss dringend mehr Geld und direkte Zuschüsse geben. Kommunale Wohnungsbauunternehmen schaffen es sonst bei den derzeitigen Baukosten nicht, günstigen Wohnraum anzubieten. Zudem sind Unternehmen aufgerufen, wieder in den Wohnungsbau einzusteigen, um für Fachkräfte attraktive Bedingungen zu bieten.

Den Antrag der SPD-Landtagsfraktion, der Jusos und der SGK sehen die Sozialdemokraten als wichtige Ergänzung im Land zu dem klaren Bekenntnissen der Koalitionspartner im Bund, den sozialen Wohnungsbau mit zusätzlich zwei Milliarden Euro in den nächsten Jahren deutlich zu stärken, 1,5 Millionen neue Wohnungen und Einfamilienhäuser zu schaffen, die Mietpreisbremse zu verschärfen und ein Baukindergeld einzuführen. ■

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg  
**Verantwortlich:**  
Nicole Matthöfer  
**Redaktion:**  
Heike Wesener

**Anschrift:**  
SPD-Landtagsfraktion  
Baden-Württemberg  
Konrad-Adenauer-Str. 12  
70173 Stuttgart  
Telefon 0711 2063-711/781  
zentrale@spd.landtag-bw.de  
www.spd.landtag-bw.de

www.facebook.com/  
spdlandtagbw

www.twitter.com/  
spdlandtagbw

LANDTAGS-  
FRAKTION

BADEN-  
WÜRTTEMBERG



**SPD**